



# Umweltschutz

BIHK-Positionen zur Landtagswahl 2018

## Auf einen Blick

Unternehmerische Tätigkeit und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen stehen in einem Spannungsverhältnis, in das der Staat regelnd eingreift. Die staatlichen Vorschriften müssen geeignet sein, die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Unternehmen zu erhalten und zu stärken.\* Der weit überwiegende Teil des Umweltrechts beruht inzwischen auf europäischen Vorgaben und internationalen Vereinbarungen. Für die bayerische Landespolitik bleibt oft nur ein geringer Spielraum. Daher ist für die Unternehmen im Freistaat wichtig, dass die Umsetzung von EU-Recht auf Bundes- und Landesebene nicht über eine 1:1-Umsetzung hinausgeht.

Darüber hinaus sollte die Landespolitik insbesondere folgende Aufgaben angehen:

- Weiterentwicklung einer effizienten Kreislaufwirtschaft
- Sicherung und Entwicklung von Unternehmensstandorten
- Förderung der bayerischen Umwelttechnologie

## Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln

### Wettbewerb auf dem Entsorgungsmarkt erhalten\*\*

Die Abfallwirtschaft ist in Deutschland zwischen öffentlicher Hand und privater Entsorgungswirtschaft aufgeteilt. Fortschritte bei der Kreislaufwirtschaft lassen sich nicht durch eine Ausweitung der öffentlich-rechtlichen Zuständigkeiten erzielen. Es sind vielmehr die privaten Unternehmen – darunter besonders viele kleine und mittlere Betriebe –, die für innovative, wirtschaftlich optimierte Lösungen sorgen und die Ressourceneffizienz voranbringen. Für private und kommunale Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, müssen daher gleiche Rahmenbedingungen herrschen, z. B. bei der Umsatzsteuerpflicht und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

### Deponiekapazitäten sichern

Die Kosten für die Entsorgung von Bodenaushub und Bauschutt machen einen immer größeren Anteil an den Gesamtkosten eines Bauvorhabens aus. Immer strengere Grenzwerte im Boden- und Gewässerschutz führen dazu, dass selbst Material mit natürlicher Hintergrundbelastung nicht mehr zur Wiederverfüllung von Gruben und Brüchen eingesetzt werden kann und dadurch geeigneter Deponieraum künftig sehr schnell knapp wird. Bereits heute müssen als Folge davon oft weite Transportwege von mehr als 400 km in Kauf genommen werden. Bei der geplanten Mantelverordnung des Bundes besteht die Gefahr, dass aufgrund verschärfter Grenzwerte noch mehr Material auf Deponien gelagert werden muss, statt es einer Verwertung zuzuführen. Hier gilt es für die bayerische Landespolitik, in den einschlägigen Gremien auf Bundesebene rechtzeitig gegenzusteuern. Darüber hinaus sollte der Freistaat den Spielraum, den die künftigen Verordnungen des Bundes im Vollzug lassen, so weit wie möglich ausschöpfen.

\* Einige Unternehmen der IHK Regensburg für Oberpfalz/Kelheim positionieren sich im Bereich der Klima- und Umweltpolitik für eine treibhausgasneutrale Wirtschaft. Dabei erwarten sie von der mittelständischen Unternehmerschaft, sich als moderne und aufgeschlossene Marktteilnehmer zu präsentieren und im Bereich der Klima- und Umweltpolitik eine Vorreiterrolle einzunehmen. Aus Sicht dieser Mitgliedsunternehmen erfordert dies, seitens der Wirtschaft weiteren Fortschritt einzufordern und damit den aktiven Unternehmen erhebliche und nachhaltige Marktvorteile zu verschaffen.

\*\* In der Sitzung der Vollversammlung der IHK Aschaffenburg wurde angeregt, dass mittelständische Strukturen der Entsorgungswirtschaft gestärkt werden müssen, die Zusammenarbeit zwischen mittelständischen privaten und öffentlichen Entsorgern ausgebaut werden muss und eine Marktkonzentration, die zu Lasten der mittelständischen privaten und öffentlichen Betrieben geht, abzuwenden ist.

## Stimme der Wirtschaft

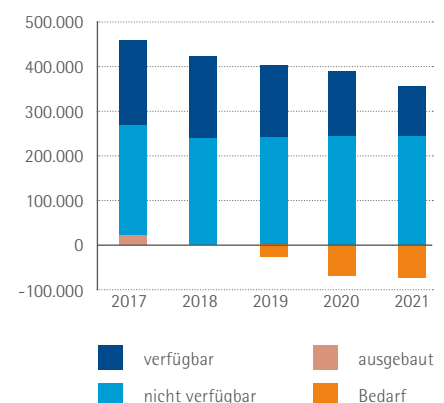
*Bei der Verwertung mineralischer Bauabfälle brauchen wir gut austarierte Regelungen, um geschlossene Stoffkreisläufe zu ermöglichen, Deponien zu entlasten und natürliche Ressourcen zu schonen – damit wir uns in Zukunft auch noch das Bauen und nicht nur die Bodenentsorgung leisten können.*

*Reinhold Krämmel, Krämmel Wohnbau GmbH, Wolfratshausen, stv. Vorsitzender Umwelt- und Energieausschuss der IHK für München und Oberbayern*

## Forderungen

- Wettbewerbsregeln bei der Entsorgung einhalten
- Deponiekapazitäten sichern

## Deponiekapazitäten DK I in Bayern in m<sup>3</sup>



Quelle: LfU 2015, eigene Darstellung

## Umweltverträgliche Produktion in Bayern sichern

Die bayerischen Unternehmen orientieren sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Sichtbarer Ausdruck dafür ist der Umweltpakt Bayern, der 1995 erstmals geschlossen und seither immer um jeweils fünf Jahre verlängert wurde. Grundlage ist die gemeinsame Überzeugung von Staat und Wirtschaft, dass die natürlichen Lebensgrundlagen mit Hilfe einer freiwilligen und zuverlässigen Kooperation von Staat und Wirtschaft besser geschützt werden können als durch Gesetze und Verordnungen allein. Darüber hinaus muss die bayerische Politik jedoch darauf hinwirken, dass überwiegend auf EU- oder Bundesebene erlassene Vorschriften die unternehmerische Tätigkeit nicht über Gebühr behindern. In der Praxis sind dabei die nachfolgend genannten Sachverhalte besonders relevant.

### EU-Recht 1:1 umsetzen

Die bayerischen Unternehmen stellen erfolgreich Produkte für den globalen, europäischen und deutschen Markt her. Damit die hohe Wertschöpfung in Bayern erhalten bleibt und die Unternehmen weiterhin in Bayern produzieren können, dürfen für sie keine strengeren materiellen Anforderungen gelten als für ihre deutschen und europäischen Wettbewerber. Die bayerische Landespolitik muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass EU-Recht in Deutschland nicht durch nationale Alleingänge, beispielsweise im Rahmen der neuen TA Luft, verschärft wird. Auch die Überwachung der Betriebe durch die Behörden sollte in ganz Deutschland nach einheitlichen Maßstäben erfolgen.

### Betriebserweiterungen und Errichtung neuer Anlagen ermöglichen

Die Errichtung neuer Unternehmensstandorte und die Erweiterung von bestehenden Betrieben wird oft durch komplizierte Genehmigungsverfahren verzögert oder ganz verhindert. Industrielle Tätigkeiten finden oft in historisch gewachsenen Gemengelagen statt. Hier müssen unterschiedliche Nutzungsinteressen in Einklang gebracht werden. Auch bei einer Annäherung an den störfallrelevanten Sicherheitsabstand oder bei einer Überschreitung müssen in Zukunft Genehmigungen und Änderungsgenehmigungen möglich sein.

### Spielräume im Naturschutz nutzen

Unternehmerische Tätigkeiten und Belange des Naturschutzschutzes stehen mitunter in Konflikt. Die Betriebe haben dabei vielfach mit Rechtsunsicherheiten zu kämpfen, beispielsweise bei der Bewertung der stofflichen Einträge auf FFH-Gebiete („Critical Loads“) oder bei der Bebauung vorübergehend nicht genutzter Flächen („Natur auf Zeit“). Bei ganzheitlicher Betrachtungsweise, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt, kann ein gerechter Ausgleich der Interessen gelingen. Dies gilt auch für die Nutzung der Wasserkraft zur Energiegewinnung. Positive Beispiele zeigen hier, dass eine intakte Gewässerstruktur durchaus mit den unterschiedlichen Gewässernutzungen in Einklang gebracht werden kann.

### Freiwilliges Engagement honorieren



Unternehmen mit zertifizierten Managementsystemen (EMAS, ISO 14001) benötigen weniger staatliche Überwachung. Sie werden zu Recht bei der Häufigkeit der Kontrollen, bei Berichtspflichten und bei Genehmigungsgebühren entlastet. Auch in Zukunft soll der Staat dort auf Regelungen verzichten, wo Managementsysteme den Schutz der Umwelt gleichwertig zu gesetzlichen Vorschriften sicherstellen.

## Umwelttechnologie aus Bayern fördern

Effiziente Umwelttechnologien sind die Grundlage für erfolgreichen Umweltschutz. Bayerische Unternehmen entwickeln innovative Produkte und Verfahren, die international wettbewerbsfähig sind. Qualität und Wirtschaftlichkeit dieser Produkte sind zwar wichtige Faktoren im globalen Wettbewerb, zusätzlich können Unternehmen jedoch von politischer Rückendeckung durch Delegationsreisen und Hilfe bei Messeauftritten im Ausland profitieren.

Die Leistungsfähigkeit der bayerischen Umweltwirtschaft lässt sich durch eine intensivierte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik weiter ausbauen. Netzwerke, in denen sich die Akteure zur Stärkung von Forschung, Innovation und Internationalisierung zusammenschließen, leisten dazu einen wesentlichen Beitrag und verdienen nachhaltige Unterstützung auch von politischer Seite.

### Ansprechpartner:

Dr. Norbert Ammann  089 5116-0  ammann@muenchen.ihk.de

## Forderungen



- *EU-Recht 1:1 umsetzen*
- *Betriebserweiterungen und Errichtung neuer Anlagen ermöglichen*
- *Spielräume im Naturschutz nutzen*
- *Freiwilliges Engagement honorieren*

## Verwandte Themen



- *Energie- und Ressourceneffizienz*
- *Energiesicherheit*
- *Nachhaltiges Wirtschaften*
- *Rohstoffe*

## Forderungen



- *Globalen Marktzugang unterstützen*
- *Vernetzung fördern*



Weitere Informationen finden Sie im Internet unter [bihk.de/landtagswahl](https://bihk.de/landtagswahl)